

Der 'Entscheidungszwang' rückt näher

Blauhelm-Beschuß und Raketenbedrohung in Bosnien machen Bonn das Finassieren schwerer

Von Josef Joffe

Zum zweitenmal hat die Bundesregierung - diesmal Hand in Hand mit der SPD-Opposition - 'Entscheidungszwang' verneint, doch rückt der immer näher, weil in Bosnien der Status quo immer heftiger unter Beschuß gerät.

Beispiel Nr. 1: Verteidigungsminister Rühe hat seinen versammelten NATO-Kollegen in Brüssel mitgeteilt, daß deutsche Versorgungsflüge solange eingestellt bleiben, wie sie von serbischen Abwehrraketen bedroht werden. Derer sind immer mehr geworden, und da SAMs nicht in Heimarbeit zusammengeschaubt werden, fragt es sich, wo diese Raketen herkommen. Eine Antwort drängt sich auf: aus dem serbischen Mutterland, just jenem Rest-Jugoslawien, das angeblich eine luftdichte Blockade gegen die Karadzic-Brüder verhängt und dafür die Lockerung der Sanktionen erhalten hat.

Beispiel Nr. 2: Serbische Artillerie hat in der Nacht zum Mittwoch die 'Schutzzone' um Bihac nicht etwa nur symbolisch bombardiert. Der bosnische Rundfunk berichtet von über 1000 Granaten; ein Kind sei dabei ums

Leben gekommen. Anderswo setzen die Serben Kampfhubschrauber ein - obwohl UN und NATO über ganz Bosnien ein Flugverbot verhängt haben.

Beispiel Nr. 3: Inzwischen wird die UNPROFOR, also jene Truppe, die nichts tun darf, damit sie nicht selbst unter Beschuß gerät, gezielt angegriffen. Der Schuß auf einen klar gekennzeichneten UN-Panzerwagen sei aus der Stellung kroatischer Serben gekommen. Fünf Soldaten aus Bangladesch sind schwer verletzt worden. Schlimmer noch: Eiskalt haben Serben daraufhin den Abtransport der Schwerverletzten per Hubschrauber verboten; das Rettungsfahrzeug mußte den langwierigen Landweg nehmen; einer der Soldaten ist inzwischen gestorben.

Beispiel Nr. 4: 'Die NATO ist, wie immer, bereit.' Das sagt der NATO-Generalsekretär Willy Claes und will dergestalt den Angriffswillen der Allianz bekräftigen. Nur - siehe Beispiel Nr. 1 - wird derlei Bereitschaft immer riskanter, weil eben zu viele Flugabwehrbatterien in der Landschaft herumstehen.

Fazit: Die Blauhelme können nicht einmal

mehr sich selbst schützen. Die 'Weltgemeinschaft' - siehe ebenfalls Beispiel Nr. 1 - kann immer weniger humanitäre Hilfe leisten; auch die wird zu riskant. Inzwischen entscheidet gar Karadzic, wann UN-Flugzeuge nach Sarajewo fliegen dürfen. Höhnt die taz: 'Eine Auswechslung des UNPROFOR-Kommandanten in Bosnien, Michael Rose, durch Radovan Karadzic würde inzwischen kaum mehr auffallen.'

Ergo rückt der 'Entscheidungszwang' immer näher: Entweder bombardiert die NATO, um die humanitäre Hilfe zu sichern, oder sie greift ein, um mit 45 000 Mann die 23 000 Blauhelme herauszuhauen. Jedermann hofft, diesen 'Befreiungskrieg' vermeiden zu können. Aber der SPD-Geschäftsführer Verheugen hat unrecht, wenn er die Debatte über einen deutschen Beitrag als 'hysterisch' gewischt. Diese Debatte ist bitterernst, und sie muß jetzt geführt werden. Zum Schluß darf es keinen Zweifel darüber geben, wo die Bundesrepublik steht: auf der Seite ihrer Verbündeten.